
Dokumentation

Wahlprüfsteine des DGB*

Solidarität in Deutschland und Europa

Mit den demokratischen Revolutionen in der DDR und in Osteuropa und der Herstellung der deutschen Einheit unter Anerkennung der polnischen Westgrenze sind die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen, daß ganz Europa eine Zone stabilen Friedens, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit werden kann.

Die Auflösung der globalen Ost-West-Konfrontation hat es ermöglicht, die nationale Einheit und Souveränität Deutschlands auf friedlichem Wege zu erreichen. Die Umriss einer neuen gesamteuropäischen Ordnung werden sichtbar.

Der 3. Oktober 1990 ist der Tag der Hoffnung auf eine gemeinsame, friedliche und demokratische Zukunft in Europa. Die Abrüstung muß beschleunigt werden, damit sich Europa den Aufgaben zuwenden kann, die das Überleben der Menschen sichern: dem Abbau des ökonomischen und sozialen Gefälles zwischen Ost und West, der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut in der Dritten Welt.

- Nach mehr als 40 Jahren Trennung ist es die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, ihre Erfahrungen und Lebensperspektiven in eine gemeinsame Identität einzubringen. Unsere gemeinsame politische Aufgabe ist es, diese Identität im Engagement für soziale Gerechtigkeit, für ökologische Erneuerung, für die Sicherung und Entfaltung der Demokratie, für die dauerhafte Erhaltung des Friedens, für die Überwindung von Hunger und Elend in der Welt zu gewinnen.

Die Wahl zum Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990, zu der erstmals alle Deutschen aufgerufen sind, gibt den Wählerinnen und Wählern die Gelegenheit, sich zwischen unterschiedlichen Zukunftsentwürfen der Parteien zu entscheiden. Folgende Aufgaben stehen im Vordergrund:

- Nach der Vollendung der staatlichen Einheit müssen wir uns der Verwirklichung der sozialen und kulturellen Einheit zuwenden. Das tätige Engagement aller Bürgerinnen und Bürger, aller demokratischen politischen Parteien, der Gewerkschaften, aller gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, ihre Kreativität und Initiativen sind gefordert.

* Zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

- Die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Ziel ist die Einheit des Sozialstaates. Hier stehen wir erst am Anfang. Die Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR leiden vor allem unter der raschen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Enttäuschungen und Zukunftsangst sind damit verbunden.
- Die osteuropäischen Demokratien brauchen Hilfe zur Überwindung von Mangel und Hunger, zum Aufbau wettbewerbsfähiger Industrien und tragfähiger sozialer Sicherungssysteme. Dies liegt auch in unserem Interesse. Nur wenn Osteuropa den ökonomischen und sozialen Anschluß an Westeuropa findet, sind Niedriglohnkonkurrenz, Sozialdumping und neue Wanderungsbewegungen zu vermeiden.
- Trotz seit Jahren anhaltender guter Konjunktur ist die millionenfache Arbeitslosigkeit auch im westlichen Teil Deutschlands nicht beseitigt worden. Die Wohnungsnot verschärft sich. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht gelöst. Die Einkommensverhältnisse klaffen immer weiter auseinander. Die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen und das Recht der Ausländer auf Solidarität und Integration sind in der Praxis nicht eingelöst.
- Die Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und anderer Ausländer ist bisher nicht ernsthaft genug betrieben worden. Die Solidarität der Gewerkschaften schließt die Ausländer in Deutschland mit ein. Verstärkte Anstrengungen sind notwendig, um ausländischen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen zu geben. Das Ausländergesetz muß verbessert werden. Deutschland ist eine multikulturelle Gesellschaft, zu der Ausländer ebenso gehören wie die jüdische Minderheit, die Sinti und Roma, die dänische und sorbische Minderheit.

40 Jahre SED-Mißwirtschaft sind verantwortlich für den verrotteten Zustand der DDR-Wirtschaft und die Verseuchung

der Umwelt. Die derzeitige akute wirtschaftliche Krise im östlichen Teil unseres Landes ist dadurch verschärft worden, daß bei der überstürzten Einführung der Währungsunion die Bundesregierung versäumt hat, parallel industriepolitische Konzepte gegen den rapiden Verfall der Produktion sowie eine vorausschauende Planung für die dringend notwendigen Infrastruktur- und Umweltschutzinvestitionen zu entwickeln. Hinzu kommt, daß die Bereitschaft westdeutscher und westeuropäischer Investoren, in den Ländern der ehemaligen DDR zu investieren, weit hinter den optimistischen Erwartungen der Bundesregierung zurück bleibt. Zu einem Teil geht diese Investitionszurückhaltung auf den völlig desolaten Zustand der Infrastruktur zurück, zu einem anderen Teil liegt die Ursache in unternehmenspolitischen Strategien, die DDR zwar zum Absatz-, aber nicht zum Produktionsgebiet zu machen.

Ebenso unverzichtbar wie private sind öffentliche Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, für den Umweltschutz, zur Modernisierung sozialer Einrichtungen.

Auch in den Ländern der ehemaligen DDR muß das gleichwertige und qualifizierte Angebot öffentlicher Dienstleistungen wie in den anderen Bundesländern vorhanden sein. Die Umstrukturierungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft in den Ländern der ehemaligen DDR setzen eine hohe Qualität und Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sogar in stärkerem Maße voraus als in den alten Bundesländern. Öffentliche Dienste und Einrichtungen schaffen vielfach erst die Voraussetzungen für privates Handeln und sichern den Vorrang gesellschaftlicher Ziele vor privatem Gewinnstreben. Dem muß finanziell und personell Rechnung getragen werden.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen müssen in ihrem Bestand gesichert und weiterentwickelt werden.

Die finanziellen Lasten der deutschen Einheit müssen so verteilt werden, daß

das Gebot der Gerechtigkeit nicht verletzt wird Dazu gehört, daß starke Schultern mehr tragen als schwache Wir fordern den konsequenten Abbau der Verteidigungsausgaben, den Verzicht auf Unternehmenssteuersenkungen, die sozial gerechte Umschichtung in den öffentlichen Haushalten, die konsequente Nutzung der Kapitalmärkte sowie die Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen für die Finanzierung von erforderlichen Investitionen

Der DGB und seine Gewerkschaften streiten für mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit In der direkten Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden regeln sie Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Entlohnung Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 37 beziehungsweise 35 Stunden bis 1994, ein Urlaub von sechs Wochen sowie leistungs- und qualifikationsgerechte Löhne und Gehälter sind Ergebnisse ihres Kampfes.

Der DGB ist parteipolitisch unabhängig, aber er kann und darf sich nicht aus der politischen Auseinandersetzung heraushalten, weil vieles von dem, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft, im Deutschen Bundestag entschieden wird In den nächsten vier Jahren stehen wichtige Entscheidungen an Es geht auch darum, ob Arbeitnehmerrechte geschützt und ausgebaut werden, ob dem Auftrag des Grundgesetzes, den Sozialstaat zu verwirklichen, Geltung verschafft wird, oder ob der Weg in Richtung auf die Ellenbogengesellschaft, den Abbau staatlicher Dienstleistungen und die Privatisierung von Lebensrisiken führt Und es geht nicht zuletzt um das Zusammenwachsen unterschiedlicher Lebensweisen, Sozialstrukturen und Werthaltungen, die sich 40 Jahre lang in zwei getrennten deutschen Staaten entwickelt haben

Die Wahlprüfsteine des DGB zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 enthalten Forderungen, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von großer Bedeutung sind Es ist an den politischen Parteien, darzulegen, was sie in der kom-

menden Gesetzgebungsperiode tun wollen, um diese Forderungen zu erfüllen

Der DGB ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und vor ihrer Wahlentscheidung die Programme und Aussagen der Parteien und ihrer Kandidaten sorgfältig zu prüfen

Bedenken Sie, daß sich die SED-Diktatur 40 Jahre lang über elementare Menschenrechte hinweggesetzt hat Prüfen Sie sorgfältig, welche Parteien oder Kandidaten hier Mitverantwortung tragen Sie sollten ihr Stimmrecht daher nicht jenen geben, die sich unter neuem Namen zu Kritikern der deutschen Einigung aufschwingen, ohne den Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit wirklich vollzogen zu haben

Rechtsextremismus, Nationalismus und Vormachtstreben Deutschlands haben zweimal in diesem Jahrhundert Krieg über Europa gebracht Prüfen Sie sorgfältig, welche Parteien oder Kandidaten auch heute wieder Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und die Veränderung der Grenzen in Europa auf ihre Fahnen geschrieben haben Sie sollten diesen Ihre Stimme verweigern.

Wahlbar sind nur Parteien, die die Zukunft unseres Landes und damit unsere Zukunft demokratisch und sozial gestalten können Treffen Sie Ihre Entscheidung Nur wer wählt, bestimmt die politische Zukunft unseres Landes mit.

Prüfstein 1

Umwelt schützen - Arbeit schaffen

Der Schutz unserer Umwelt ist weltweit zu einer Überlebensfrage geworden Das Klima droht sich zu verändern Die Wälder sterben weiter Das Trinkwasser ist in Gefahr Die Müllberge wachsen Viele Böden sind von giftigen Stoffen verunreinigt Umweltbedingte Erkrankungen nehmen zu

Gleichzeitig sind in Deutschland vier Millionen Menschen auf der Suche nach Arbeit Hunderttausende von Menschen suchen eine angemessene Wohnung Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die

Verbesserung unserer Umwelt- und Lebensqualität lassen sich verbinden. Umweltschutz schafft und sichert Arbeitsplätze.

Der DGB fordert:

- Ein schnell wirkendes Programm zur ökologischen Sanierung der Länder der ehemaligen DDR. Dazu gehören der Bau von Kläranlagen, von Anlagen zur Luftreinhaltung und zur Abfallverwertung ebenso wie Investitionen zur Energieeinsparung, zu einer ökologisch und sozial verträglichen Braunkohlegewinnung und zur Beseitigung von Altlasten.
Auf allen diesen Gebieten sind auch im Westen Deutschlands weiterhin große Anstrengungen nötig. Es bedarf vor allem auch energiepolitischer Investitionen und einer Politik für die heimische Kohle, um den Ausstieg aus der Kernenergie möglich zu machen. Die planmäßige Gestaltung des Strukturwandels macht die Beteiligung der Gewerkschaften an der Formulierung und Abwicklung dieses Programms unverzichtbar.
- Den Ausbau der Verkehrswege unter besonderer Förderung des Schienenverkehrs und die rasche Verbesserung der Telekommunikation in den Ländern der ehemaligen DDR.
- Eine massive Ausdehnung des staatlichen und sozialen Wohnungsbaus und der privaten Bautätigkeit in ganz Deutschland. In den Ländern der ehemaligen DDR sind Maßnahmen zur Sanierung von Altbauwohnungen und zur Rettung von Kulturgütern und Baudenkmalern besonders dringlich.
- Für private Investitionen in den Ländern der ehemaligen DDR müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehört ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ebenso wie ein Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die öffentlichen Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, die notwendigen Investitionen zu finanzieren.
- In den Ländern der ehemaligen DDR müssen die Alt-Schulden für überle-

bensfähige Betriebe gestrichen werden. Die Landwirtschaft braucht gezielte Hilfen zur Vermarktung ihrer Produkte.

Eine Qualifizierungsoffensive für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im privaten und öffentlichen Bereich, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, unter anderem durch Gründung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, insbesondere in den Ländern der ehemaligen DDR. Es müssen private und öffentliche Mittel bereitgestellt werden, um jährlich zirka 700 000 Menschen weiterzubilden. Eine schnelle Ausweitung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in sozial und ökologisch sinnvollen Projekten, mit denen gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Standortqualität der Wirtschaft in den Ländern der ehemaligen DDR verbessert werden.

Die Finanzausstattung der Länder und Gemeinden muß so bemessen werden, daß die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet hergestellt werden kann. Mehrwertsteuerverteilung und Länderfinanzausgleich müssen so erfolgen, daß die neuen Länder und ihre Kommunen handlungsfähig werden. Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf bedarfsorientiert und flächendeckend angebotene öffentliche Dienstleistungen. Dazu gehören der Ausbau des Bildungswesens, eine regional ausgewogene Hochschulstruktur, der Ausbau der Kulturförderung und soziale Dienste, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind. Soziale Einrichtungen, die durch Betriebe in den Ländern der ehemaligen DDR nicht mehr finanziert werden können, müssen von öffentlichen Händen übernommen werden. Ein Arbeitszeitgesetz, das 40 Stunden in der Woche als Obergrenze vorsieht und keine Ausweitung von Sonn- und Feiertagsarbeit bringt. Gesetzliche Einschränkung der Mehrarbeit. Ausdehnung der für die Länder der

ehemaligen DDR geltenden Vorruhestandsregelungen auf ganz Deutschland

Prüfstein 11 Soziale Sicherheit-gesicherte Arbeitsverhältnisse

Gesicherte und dauerhafte Arbeitsverhältnisse, gesicherte und ausreichende Einkommen im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und soziale Arbeitnehmerrechte sind wesentliche Schlußfolgerungen aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes

Sozialleistungen werden weder geschenkt noch gewährt Ihre Qualität und ihr Umfang sind das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um die Verteilung des Sozialprodukts Eine Sozialpolitik, die die Zukunft aller sichert, Freiheit von Not und willkürlicher Abhängigkeit schafft und alle am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben läßt, steht noch aus

Der DGB fordert:

- Ausbau des sozialen Schutzes und der Rechte der Arbeitnehmenden und Arbeitnehmer
- Sofortige Rücknahme der die Arbeitnehmerrechte verschlechternden Bestimmungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes, des Zeitvertragsgesetzes für Hochschule und Forschung, der Verschlechterung des Schwerbehinderten- und des Jugendarbeitsschutzes
- Verbot der Leiharbeit
- Gewährleistung des heutigen Renten-niveaus und Beibehaltung der flexiblen Altersgrenzen ohne versicherungsmathematische Abschläge durch unter anderem volle Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, einen deutlich höheren Bundeszuschuß, einen zusätzlichen, an der Wertschöpfung der Unternehmen orientierten Beitrag der Arbeitgeber
- Ausbau beziehungsweise Einführung betrieblicher Zusatzversorgungssysteme

- Ausbau der eigenständigen Rentenansprüche der Frauen
- Gewährleistung einer bedarfsgerechten Alterssicherung
- Beseitigung der Versicherungsfreiheit für sogenannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- Wirksame rechtliche Grundlagen finden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Beseitigung des Pflegenotstandes, Verbesserung der Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und Herstellung einer guten und gleichwertigen Versorgungsqualität im Krankheitsfall in ganz Deutschland, insbesondere durch Einstellung qualifizierten Personals
- Absicherung des Pflegefallrisikos durch ein Leistungsgesetz, dessen Finanzierung sich die öffentliche Hand, die Gesetzliche Krankenversicherung und die Betroffenen teilen
- Rücknahme der unsozialen Regelungen über die Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung
- Bessere Absicherung der Arbeitslosigkeit
Rücknahme der Leistungskürzungen, längere Zahlung des Arbeitslosengeldes für alle Arbeitslosen, Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Anpassung der Sozialhilfesätze an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten

Prüfstein 111

Recht auf Aus- und Weiterbildung sichern

Der strukturelle Wandel in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Erfahrungen beim Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den Ländern der ehemaligen DDR machen es notwendig, der Aus- und Weiterbildung in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden Die nachhaltige Forderung nach dem Grundsatz „Qualifizieren statt entlassen“ muß in den kommenden Jahren sowohl bei der Finanzierung wie bei der institutionellen Reform zu einem Schwerpunkt staatlicher Bildungspolitik werden

Eine umfassende Reform des Berufsbildungsgesetzes, der Handwerksordnung

und *des Berufsbildungsförderungsgesetzes* muß eine vorrangige Aufgabe des neuen deutschen Parlamentes werden.

Hierbei müssen auch die Erfahrungen mit neuen QuaMfizierungsinitiativen und -institutionen aus den Ländern der ehemaligen DDR aufgenommen werden.

Der DGB fordert:

- Weiterbildungsanspruch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während der Arbeitszeit.
- Verbesserte Mitbestimmung der betrieblichen Interessenvertretung bei der *Ausgestaltung dieses* Anspruches.
- Bevorzugte Förderung bildungsbenachteiligter Arbeitnehmergruppen.
- Kostenübernahme der Weiterbildung durch die Arbeitgeber.
- Einführung einer Umlagenfinanzierung in der beruflichen Bildung.
- Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung.
- Stärkung der öffentlichen Verantwortung über die berufliche Bildung durch die Ablösung der Verwaltung und Kontrollfunktion von den Unternehmerkammern.
- Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.
- Sicherung des Rechts auf Weiterbildungsqualifizierung für das Ausbildungspersonal.
- Reform des Prüfungswesens.
- Ausbau der gesetzlichen Regelung zur beruflichen Bildung.
- Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der Hochschulen.
- Ausbau der Ausbildungsförderung.

Prüfstein IV:

Mitbestimmung sichern und ausbauen, Streikfähigkeit erhalten

Wirtschaft und Verwaltung befinden sich in rasantem Umbruch - technisch und organisatorisch. Deshalb müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Gestaltung und Kontrolle der sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.

In den Unternehmen wird über Milliarden-Investitionen oder tausendfache Entlassungen entschieden. Dort brauchen wir eine einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Tarifautonomie in der Bundesrepublik hat sich bewährt. Dazu gehört auch die Streikfähigkeit der Gewerkschaften, die mit der Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz im Kern geschwächt wurde.

Der DGB fordert:

- Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Betrieb und Verwaltung. Insbesondere bei Rationalisierung und Einführung neuer Technologien, bei der Arbeitsorganisation, bei der Arbeitsgestaltung, bei Personalplanung und -entscheidungen und Betriebsänderungen.
- Die im Mitbestimmungsgesetz von 1976 angelegten Fehlentwicklungen, insbesondere das Sondervertretungsrecht der leitenden Angestellten müssen rückgängig gemacht werden.
- Rücknahme des „Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“ und des „Sprecherausschußgesetzes“.
- Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen.
- Einführung der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung mit Wirtschafts- und Sozialräten.
- Paritätische Mitbestimmung in den Handwerkskammern.
- Rücknahme der Änderung des § 116 AFG, gesetzliche Klarstellung: Leistungen der Arbeitslosenversicherung dürfen allenfalls den unmittelbar am Arbeitskampf Beteiligten verweigert werden, bei Fernwirkungen eines Arbeitskampfes muß gelten: Mindestens bei Produktionsstillegungen, die durch Aussperrung ausgelöst sind, muß der Arbeitgeber Lohn und Gehalt weiterzahlen.
- Kein Einsatz von Beamtinnen und Beamten als Streikbrecher.
- Verbot der Aussperrung.

Prüfstein V:
Die Gleichstellung von Frauen
und Männern verwirklichen

Das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes hat nicht ausgereicht, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Immer noch werden Frauen in allen Lebensbereichen benachteiligt. Ihr Recht auf Arbeit wird zum Beispiel geringer als das der Männer bewertet. Als Mütter werden sie gegenüber Vätern disklaiminiert, weil Staat und Teile der Gesellschaft ihnen allein die Familienhaushalts- und Erziehungsaufgaben zuweisen. Und deshalb werden vielen Müttern, zunehmend auch Vätern, nur wenige Möglichkeiten gewährt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Gleichzeitig verwehrt man den Kindern kindgerechte Umwelt- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Behandlung der schwierigen Fragen des Schwangerschaftsabbruches im Strafgesetzbuch führt zu schweren Belastungen für viele Frauen. Die mit dem Schwangerschaftsabbruch verbundenen Probleme berühren ethische, moralische und religiöse Fragen, die nur der einzelne Mensch selbst entscheiden kann. Hieraus entstehende Gewissenskonflikte können weder von den Gewerkschaften noch anderen gesellschaftlichen Institutionen gelöst werden. Alle haben das Recht, ihre Meinung zu diesen Fragen auch abweichend von Beschlüssen zu vertreten.

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist längst überfällig. Die Entkriminalisierung unter größter Belastung stehender Frauen ist eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit.

Der DGB fordert:

- Eine Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes. Bis zu einer tatsächlichen Herstellung gleicher Lebenschancen für Frauen und Männer müssen besondere Maßnahmen zur Förderung des benachteiligten Geschlechts ausdrücklich zugelassen werden und eine staatliche Aufgabe darstellen.

Dazu gehört:

Alle Arbeitsverhältnisse müssen unter den vollen Schutz des Arbeits- und Sozialrechtes gestellt werden, der Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung, die Verpflichtung von Unternehmen zu Maßnahmen zur Frauenförderung. Die Erwerbstätigkeit muß mit den Anforderungen der Familien in Einklang gebracht werden können. Dies muß gleichermaßen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen wie von Männern gelten.

Dazu gehört:

Bei der Festsetzung der Lage der täglichen Arbeitszeit sind Belastungen von Frauen und Männern mit Familienaufgaben stärker zu berücksichtigen. Mehrarbeitsstunden, Nacht- und Schichtarbeit sowie Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit müssen abgebaut werden,

die Ausweitung des bezahlten Elternurlaubs auf drei Jahre und die Freistellung zur Pflege von erkrankten Kindern bis zum Alter von 14 Jahren auf mindestens zwei Wochen jährlich, ein Anspruch auf Teilzeitfreistellung mit sozialer Absicherung für Mütter oder Väter bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes unter Erhaltung eines Anspruchs zur Rückkehr auf Vollzeitarbeit.

Maßnahmen zur Unterstützung und Ergänzung der Elternerziehung.

Dazu gehört:

Eine ausreichende Zahl von Kinderkrippen- und Hortplätzen entsprechend dem angemeldeten Bedarf, der Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf einen ganztägigen Kindergartenplatz.

Die umgehende Erarbeitung einer gesamtdeutschen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch *mit der Zielsetzung:* die Entkriminalisierung von Frauen durch die Herausnahme der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafrecht, Ausbau und Finanzierung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden

Angebotes von Beratungseinrichtungen in ganz Deutschland. Die Beratung muß freiwillig sein und die Rechte des Persönlichkeitsschutzes müssen gewahrt bleiben, das alleinige Entscheidungsrecht der Frau über einen Schwangerschaftsabbruch, gesetzliche Rahmenbedingungen zur medizinischen, räumlichen und finanziellen Regelung des Schwangerschaftsabbruches im Rahmen der Krankenversicherung als Voraussetzung dafür zu schaffen, daß eine Frau einen Abbruch zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchführen lassen kann, rechtliche Rahmenbedingungen zum sozialen Schutz von Mutter und Kind zu schaffen und das Kindergeld deutlich zu erhöhen.

Prüfstein VI:
Auf bewährter Grundlage eine neue Verfassung schaffen

Die mit dem Grundgesetz geschaffene rechts- und sozialstaatliche Demokratie hat sich in über 40 Jahren bewährt.

Der DGB und seine Gewerkschaften leisten ihren Beitrag, um durch sozialstaatliches Handeln die Verfassungswirklichkeit dem Verfassungsanspruch anzunähern.

Die ökologische, soziale und demokratische Ausgestaltung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung erfordert die zukunftsgerichtete Fortschreibung des Grundgesetzes.

Mit der deutschen Einheit ist das ganze deutsche Volk aufgerufen, die neue Verfassung in freier Entscheidung zu beschließen.

Der DGB fordert:

- Die wichtigsten sozialen Grundrechte müssen als Staatszielbestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden.
Dazu gehören:
das Recht auf Arbeit,
das Recht auf Wohnen,
die Gleichstellung von Frauen und Männern.

- Der Schutz der natürlichen Umwelt muß ohne Gesetzesvorbehalt verankert werden.
- Streikrecht und Koalitionsfreiheit müssen gesichert, die Aussperrung muß verboten werden.
- Die bundesstaatliche Ordnung muß gestärkt, die Voraussetzungen für handlungsfähige und finanzkräftige Bundesländer und Kommunen müssen verbessert werden.
- Die *Beteiligungsrechte* der Bürgerinnen und Bürger müssen gestärkt werden. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer muß in der Verfassung verankert werden.

Prüfstein VII:
Für ein demokratisches Europa, für eine Welt des Friedens

Die staatliche Vereinigung Deutschlands wäre ohne die Zustimmung unserer Nachbarn in Ost und West nicht möglich gewesen. Daraus folgt, daß die europäische Integration mit dem Ziel einer Europäischen Union entschieden vorangetrieben werden muß. Sie muß ergänzt werden um die Entwicklung einer ganz Europa umfassenden wirtschaftlichen und politischen Kooperation. Ein starkes und demokratisches Europa ist eine der Voraussetzungen, die Probleme in der Welt zu lösen.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat Deutschland und Europa sicherer gemacht. Die Aufrüstungsdynamik in Europa ist gebrochen. Auseinandersetzungen am Golf und andere Konflikte in der Dritten Welt zeigen aber, daß es noch gefährliche Krisenherde gibt. Sie müssen durch den Aufbau sozialer und demokratischer Lebensverhältnisse und verstärkte Entwicklungshilfe entschärft werden.

Der DGB fordert:

- Eine Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für die Europäische Union. Sie soll eine Verfassung erarbeiten, die zu einer demokratischen Gewaltenteilung in der Europäischen Gemeinschaft führt.

- Das Europäische Parlament muß das EG-Gesetzgebungsrecht, die ausschließliche Haushaltsbefugnis und das Recht zur Berufung und Abberufung der Mitglieder der EG-Kommission erhalten.
- Zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes zum 1. 1. 1993 gehören Maßnahmen, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Gemeinschaft sowie die Absicherung des Sozialstaatsgebotes in den Mitgliedsländern garantieren.
- Eine über die gegenwärtigen Planungen hinausgehende weitere Reduzierung der Streitkräfte in Europa.
- Ein Verbot des Exportes von Waffen, militärischer Ausrüstung, chemischen, biologischen und nuklearen Materialien zur Waffenproduktion, von Konstruktionsunterlagen und Anlagen für die Waffen- und Munitionsproduktion in Entwicklungsländer, Spannungsbereiche und Diktaturen. Dazu gehört eine schärfere Gesetzgebung und eine wirkungsvolle Überwachung.
- Ganz Europa muß zu einer atomwaffenfreien Zone werden.
- Die Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem im Rahmen der KSZE.